

Arbeit mit geflüchteten Frauen und Kindern

Fallbeispiele:

- Frau A. kommt in die Beratungsstelle, weil sie stark unter Schlaf- und Konzentrationsstörungen leidet. Sie hat in Afghanistan massive sexuelle Gewalt erlebt. Beim BAMF hat sie das nicht benannt, das habe sie „nicht gekonnt“.
- Frau G. will sich von ihrem gewalttätigen Mann trennen, hat aber Angst vor den Reaktionen ihrer Community.
- Frau S. wird in der Gemeinschaftsunterkunft von männlichen Bewohnern belästigt.
- Zwei MitarbeiterInnen haben den Verdacht, dass ein Kind in ihrer Unterkunft von Erwachsenen sexuell belästigt wird.

Geflüchtete Frauen und Kinder sind in Bezug auf Belästigung, häusliche und sexualisierte Gewalt zusätzlichen spezifischen Schwierigkeiten ausgesetzt.

Wir arbeiten daran, diese besonderen Schwierigkeiten sichtbar zu machen und setzen uns für Lösungen und Erleichterungen für diese Gruppe ein.

Konkret:

Beratung:

Für die Beratungen bestehen unter anderem das Problem des Dolmetschens und der großen Abhängigkeit des Handlungsspielraums der Frauen durch Aufenthaltsrechtsprobleme. Im Bereich des Dolmetschens haben wir inzwischen für viele Sprachen eine Gruppe von Dolmetscherinnen, mit denen wir häufig und intensiv zusammen arbeiten. Auch die Kostenfrage ist durch das Landesprojekt „Worte helfen Frauen“ zur Zeit gelöst.

Im Bereich der rechtlichen Fragen rings um das Thema Aufenthaltsrecht ist eine intensive Zusammenarbeit mit RechtsanwältInnen erforderlich. Mit diesem Problembereich gibt es nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten.

Zugang zur Beratung:

Für geflüchtete Frauen ist es aus verschiedenen Gründen schwierig, die Angebote einer Gewaltberatungsstelle in Anspruch zu nehmen. Durch die intensive Vernetzung mit den MitarbeiterInnen im Flüchtlingsbereich (Migrationsorganisationen, Gemeinschaftsunterkünfte, Stadt) konnte der Zugang für geflüchtete Frauen in die Beratungsstelle erheblich erleichtert werden.

Vernetzung:

Die Arbeit in diesem Bereich erfordert eine spezifische Vernetzung. Wir sind aktiv vernetzt mit der AG des Präventionsrates „Schutz für geflüchtete Frauen“, in dem beteiligt sind: mehrere Abteilungen der Verwaltung der Stadt Göttingen (FB Soziales, FB Ausländerbehörde, FB Jugend, FB Wohnraumfragen und Asylbewerberleistungsgesetz), Integrationsrat, Migrationszentrum, mehrere Gemeinschaftsunterkünfte, Polizei, Frauenhaus, Frauennotruf u.a.

Hier wird immer wieder um verschiedene strukturelle Probleme gerungen und nach Lösungen gesucht.

Fort- und Weiterbildungen:

Durch viele Fortbildungsveranstaltungen für haupt- und ehrenamtlich Tätige im Flüchtlingsbereich wurde an der Sensibilisierung für Probleme im Bereich der sexuellen und häuslichen Gewalt, als auch der Notwendigkeit traumasensiblen Handelns gearbeitet.

Arbeit an Gewaltschutzkonzepten:

Der FN hat auf verschiedenen Ebenen an der Entwicklung von Gewaltschutzkonzepten für geflüchtete Frauen beratend mitgewirkt:

- Als Referentin des Projektes „Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Frauen in Flüchtlingsunterkünften“ vom BMFSJ und Unicef.

- Bei der Entwicklung der Interventionsleitlinien für die GU „IWF“
- Bei der Entwicklung der Interventionsleitlinien für die Unterkunft „Schützenanger“

Risikoanalyse mit geflüchteten Frauen:

Der FN hat in Gesprächsrunden geflüchtete Frauen als Expertinnen in eigener Sache befragt, welchen Problemen und Belastungen sie in Göttingen als Frauen ausgesetzt sind und wo sie Handlungsbedarf sehen.

Zusätzlich wurden einzelne MitarbeiterInnen der Flüchtlingsarbeit zu ihren Beobachtungen in Bezug auf die gleiche Fragestellung interviewt.

An der Auswertung spezifischer Problemstellungen für geflüchtete Frauen und Kinder in Bezug auf sexuelle und häusliche Gewalterfahrungen wird zur Zeit noch gearbeitet. Eine Auswahl der Themen:

- Belästigungen bis zu Übergriffen
 - In Gemeinschaftsunterkünften durch männliche Bewohner
 - Außerhalb der Unterkünfte durch feindselige/rassistische „Deutsche“
 - Im Rahmen der eigenen Communities
- BAMF Anhörungen: wie können Frauen dort von den stark tabuisierten sexuellen Gewalterfahrungen berichten? Reichen die bisherigen Regelungen aus?
- Diverse Probleme im Bereich einer Trennung vom Partner
- Erhöhtes Risiko von sexueller Gewalt an Kindern innerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte?

In diesen Bereichen ist noch viel zu tun...